

Die neue deutsche Europapolitik

Werner Weidenfeld

Die Krisenmeldungen zur Integration Europas werfen die Frage nach strategischen Antworten mit wachsender Intensität auf. Deutschland nimmt Führungsaufgaben wahr. Welche Zukunftsperspektive wird dazu entwickelt?

1. Die Frage nach Visionen

Die Anfragen an die deutsche Außenpolitik werden intensiver. Die Herausforderungen wechseln hektischer – von der Zukunft des Euro über die Perspektive europäischer Solidarität bis hin zur Transformation arabischer Staaten, vom Nahost-Konflikt über die Energiewende bis hin zur Verhaltensstrategie im UN-Sicherheitsrat und die Zukunft der NATO. Die medialen Schlagzeilen vermitteln Schlüsselbegriffe für elementare Wahrnehmungsmuster: Krise, Albtraum, Ratlosigkeit, Europa im Stresstest.

Aber auch die intensiveren und nachdenklicheren Untersuchungen zur deutschen Außenpolitik finden keine greifbaren Antworten: „Deutsche Außenpolitik: Orientierungslos“.¹ Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl konstatiert: „Deutschland ist schon seit einigen Jahren keine berechenbare Größe mehr.“² Jürgen Habermas holt noch weiter aus: „Früher ließen sich Politiken der Bundesregierungen aus einer nachvollziehbaren Perspektive bündeln: Adenauer war auf die Bindung an den Westen fixiert, Brandt auf die Ostpolitik und die Dritte Welt; Schmidt relativierte das Schicksal des kleinen Europa aus dem Blickwinkel der Weltökonomie, und Helmut Kohl wollte die nationale in die europäische Einigung einbinden. Alle wollten noch etwas! Schröder hat schon eher reagiert als gestaltet; immerhin wollte Joschka Fischer eine Entscheidung über die finalité, wenigstens die Richtung der europäischen Einigung herbeiführen. Seit 2005 zerfließen die Konturen vollends. Man kann nicht mehr erkennen, worum es geht; ob es überhaupt noch um mehr geht als um den nächsten Wahlerfolg. Die Bürger spüren, dass ihnen eine normativ entkernte Politik etwas vorenthält.“³

Daran knüpft sich die Frage nach der deutschen Führungsaufgabe in Europa. Man fordert „mehr Verantwortung“.⁴ Wie diese Verantwortung

¹ Siehe Maull, Hanns: Deutsche Außenpolitik: Orientierungslos, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 21/2011, S. 95-119.

² Bundeskanzler a. D. Helmut Kohl im Interview, in: Internationale Politik 5/2011, S. 10-18, hier S. 10.

³ Habermas, Jürgen: Zur Verfassung Europas, Berlin 2011, S. 128 f.

⁴ Ischinger, Wolfgang: Mehr Verantwortung, in: Handelsblatt, 3./4.2.2012, S. 80.

strategisch umzusetzen ist, wird zur Schlüsselfrage, die im Blick auf den Status quo in der Literatur kritisch beleuchtet wird. Der Analytiker der Macht, Joseph Nye, schreibt dazu: „Erfolgreiche Führungspersönlichkeiten müssen eine Vision kommunizieren, die ihrer Politik einen Sinn verleiht und andere anspornt, diese Politik zu unterstützen. Gemeinhin enthält eine derartige Vision ein Zukunftsszenario, das den Wandel fördern soll. Oder sie beschreibt den Status quo als reizvoll, um Widerstand gegen den Wandel anzuspornen. Wie auch immer: Ohne eine Vision ist es schwierig, andere überhaupt in eine Richtung zu führen.“⁵

Die Frage nach der Strategiefähigkeit deutscher Außenpolitik ist damit gestellt.⁶ Deutschland ist es nicht gewohnt, umfassende strategische Verantwortung zu übernehmen.⁷ Und zur Führungsthematik sind uns ambivalente Pendelschwingungen der internationalen Resonanz bekannt: Es wird Führung gefordert – und dann kritisiert. Es wird Führung vermisst – und dann Führung kritisiert. Zudem wird Führung ja nicht von Deutschland im Alleingang erwartet, eher von strategischen Partnerschaften, etwa Deutschland und Frankreich oder Deutschland und USA. Dafür benötigt man eine strategische Kultur und eine strategische Elite.⁸

In der Geschichte der Europäischen Integration ist es nicht das erste Mal, dass in einer Krise die Frage nach der Sinnhaftigkeit gestellt wird. Bisher gab es jedoch immer eine Antwort, die dem Projekt immense Vitalität verlieh. Dies bleibt aber heute aus. Das kennzeichnet die neue Epoche – die Abwesenheit einer identitätsstiftenden Zielprojektion. Ohne Identitätsgrundlage fehlt aber jedem politischen System die Basis seiner Handlungsfähigkeit. Halten wir uns die bisherigen Phasen vor Augen:⁹

⁵ Nye, Joseph F.: Hat Merkel Visionen?, in: *Die Welt*, 19.11.2011, S. 2; vgl. auch Ders.: *Macht im 21. Jahrhundert*, Berlin 2011.

⁶ Vgl. u. a. Koenig, Volker: Patriotismus und Außenpolitik. Das europäische Deutschland auf der Suche nach sich selbst, in: *Zeitschrift für Politik* 54/2007, S. 62-75; Hacke, Christian: Die nationalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: *Außenpolitik* 2/1998, S. 5-26; Schöllgen, Gregor: Die Berliner Republik als internationaler Akteur. Gibt es noch eine deutsche Interessenpolitik?, in: *Außenpolitik* 2/1998, S. 27-37; Weidenfeld, Werner: *Europa – Ein Kontinent auf der Suche nach seiner Identität*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 21/2011, S. 295-301; Ders. (Hrsg.): *Deutsche Europapolitik, Optionen wirksamer Interessenvertretung*, Bonn 1998; *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Themenheft *Deutsche Außenpolitik* 10/2012.

⁷ Siehe dazu Kleine-Brockhoff, Thomas / Maull, Hanns: Der überforderte Hegemon. Ziele und Grenzen deutscher Macht, in: *Internationale Politik* 11-12/2011, S. 50-61.

⁸ Zu den Grundsatzfragen deutscher Außenpolitik siehe u. a. Schmid, Siegmund / Hellmann, Gunther / Wolf, Reinhard (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, Wiesbaden 2007; Jäger, Thomas / Höse, Alexander / Oppermann, Kai (Hrsg.): *Deutsche Außenpolitik*, Wiesbaden 2011; Colschen, Lars: *Deutsche Außenpolitik: Grundzüge der Politikwissenschaft*, Stuttgart 2010; Bierling, Stephan: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, München / Wien 1999; Hacke, Christian: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 2003.

⁹ Vgl. hierzu und zum Folgenden ausführlicher Weidenfeld, Werner: *Europa – Ein Kontinent auf der Suche nach seiner Identität*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 21/2011, S. 301-307.

2. Historischer Rückblick: Phasen der Europäischen Integration

1. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war der Kontinent von einem Netz europäischer Bürgergruppen durchweht, die eine große Lehre aus der Geschichte ziehen wollten. Kriege und Katastrophen nationalistischer Art sollten nicht mehr das letzte Wort persönlicher Erfahrung sein. Jetzt sollte dieser von breiten Blutspuren gekennzeichnete Kontinent die Alternative zum Nationalismus anstreben und verwirklichen: die Einigung Europas. Man gab sich höchst anspruchsvolle Ziele. Dazu gehörte der europäische Bundesstaat, die Politische Union. Hatten doch bereits viele Widerstandsgruppen im Dritten Reich darüber nachgedacht und konzeptionelle Entwürfe geliefert. Aber diese große Ambition endete zunächst in einem bescheidenen Schritt. Nicht zuletzt hatte Großbritannien dafür gesorgt. Im Jahr 1949 wurde schließlich der Europarat gegründet. Das aber war nicht der große supranationale Wurf.

2. Man bediente sich einer anderen Methode, um das Ziel zu erreichen. Es sollten bescheidene einzelne Funktionen integriert werden. So legten Robert Schuman und Jean Monnet funktionalistische Konzepte für eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor. So konnte auch der frühere Kriegsgegner Deutschland weiter kontrolliert werden, ohne diskriminiert zu sein.

3. Als dies so eindrucksvoll gelang, galt es sogleich, wichtige Funktionen nachzuschieben: die Organisation der Sicherheit (Europäische Verteidigungsgemeinschaft, EVG). Über solche funktionalistische Ansätze sollte aber ein großes politisches Dach gebaut werden – die Europäische Politische Gemeinschaft (EPG). In jeder Phase hatte man ein großes, präzises Ziel vor Augen.

4. Das half auch über die Krise des Scheiterns von EVG und EPG hinweg. Funktionalistische Ersatzlösungen wurden in Auftrag gegeben: Nicht nur, dass die mit Souveränität auszustattende Bundesrepublik Deutschland sicherheitspolitisch dann eben anders verankert wurde, nämlich innerhalb von NATO und WEU. Man verhandelte – im sogenannten „Geist von Messina“ – um die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM). In der klaren Zielperspektive wurden auch die elementaren Konflikte zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland lösbar. Frankreich gestaltete einen Gemeinsamen Markt, so wie es Bonn wollte, und die Bundesrepublik Deutschland gestattete das Herausnehmen der militärischen Komponente aus der nuklearen Kontrolle, so wie es Paris wollte. Der höchst ambitionierte Zielkorridor der Römischen Verträge sollte der Verwirklichung zugeführt werden.

5. Ein erster größerer Zieldissens führte folgerichtig zur ersten Integrationskrise. Die USA und Großbritannien signalisierten ihre Bereitschaft, dem Druck der Sowjetunion auf den Status Berlins nachzugeben. Das bedeutete für Adenauer und de Gaulle eine Existenzbedrohung des freiheitlichen Westeuropas. Eine Politische Union mit sicherheitspolitischer

Komponente sollte eine Antwort bieten. So wurde es in den sogenannten Fouchetplänen niedergelegt. Die übrigen EWG-Staaten aber wollten dieser Führungsvorgabe – inzwischen misstrauisch geworden – nicht folgen. Adenauer und de Gaulle kreierten eine kleine Ersatzlösung, die aber sogar in der deutschen Innenpolitik auf Unverständnis stieß: den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag.

6. Die nachlassende Zielsicherheit für das Projekt „Europa“ führte zu etlichen Jahren der Stagnation und Krise. Die „Politik des leeren Stuhls“, die mit dem sogenannten „Luxemburger Kompromiss“ gewissermaßen beigelegt wurde – auch wenn der Interpretationsdissens blieb –, bot die symbolische Botschaft zur Lage. Diese unklare, verwirrende Perspektive ließ trotz des weiter bestehenden Ost-West-Konflikts keine Integrationsdynamik im alten Stil mehr zu.

7. Die krisenhafte Zuspitzung des Niedergangs fand eine scharfe und weithin akzeptierte Bezeichnung: „Eurosclerose“. Ende der 1970er-, Anfang der 1980er-Jahre befand sich die Europäische Integration in der Ära eines tiefen Niedergangs. „Eurosclerose“ wurde zum Schlüsselbegriff der Lagebeschreibung. Europa konnte mit den dynamischen Märkten nicht mehr mithalten. Es erschien erschöpft, gleichsam ein Ausschnitt aus dem Museum. Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatspräsident François Mitterrand erkannten die dringende Notwendigkeit eines strategischen Aufbruchs. Dazu bedurfte es eines entsprechend begabten politischen Kopfes. Sie fanden ihn in Jacques Delors. Er war ein starker französischer Finanzminister und die meisten sahen in ihm den zukünftigen französischen Staatspräsidenten. Er aber nahm die Herausforderung Europa an. Zunächst teilte er den Staats- und Regierungschefs mit, er müsse nun strategisch nachdenken. Nach einigen Monaten trug er sein Ergebnis vor: Europa braucht zum Aufbruch eine große historische Aufgabe. Dies könnte die Neuorganisation der Sicherheit oder die Vollendung des Binnenmarktes sein. Nur für eine dieser großen Aufgaben besitze Europa die Kraft. Der Binnenmarkt wurde als strategisches Thema angenommen. Dies bedeutete die mehrjährige Umsetzung von fast 300 Gesetzeswerken. Die Öffentlichkeit wurde überzeugt durch die Daten und Argumente des umfangreichen Cecchini-Reports. Der eingeschlagene Kurs wurde politisch über etliche Jahre durchgehalten.

3. Gegenwärtige Herausforderungen für Europa

Aus diesem gelungenen Beispiel ist für die gegenwärtigen Herausforderungen zu lernen: Europa braucht starke politische Führungsfiguren und strategische Köpfe. Die Politik muss die notwendigen Schritte strategisch erklären und vertrauensbildend durchhalten. Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: Europas Politik muss das Erklärungsdefizit eliminieren. Es ist viel mehr Zeit und Kraft auf die Erläuterung zu richten. Wer die Deutungshoheit gewinnt, der gewinnt auch die Zukunft.

Und dennoch: Auch ein strategischer Entwurf zum Projekt Europa wird heute in einen schwierigen Kontext geraten. Die sowieso nur schwach ausgeprägte Identität Europas hat inzwischen ihre politische Stabilisierungsleistung weitergehend eingebüßt. Es gab in früheren Jahrzehnten durchaus stärkere Prägungen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg spürten die Europäer – jenseits ihrer entfernten historischen Erfahrungslinien – die ausgeprägte Notwendigkeit, als Antwort auf die Weltkriege eine Friedensgemeinschaft aufzubauen. Diese gemeinsame Idee geriet dann in einen dramatischen weltpolitischen Konflikt. Die Auseinandersetzung zwischen Ost und West war mehr als ein bloß vordergründiger Machtkonflikt: Sie war auch ein elementarer Konflikt um Normen, sie war vornehmlich der Antagonismus von Freiheit und Unfreiheit. Sie war aber auch ein Konflikt zwischen Menschenbildern, in erster Linie der Antagonismus des Menschen als Person und des Menschen als Gattungswesen. Alles, was in Europa in diesen Jahrzehnten passierte, konnte in diese Antagonismen eingeordnet und so sofort erklärt werden. Als diese identitätsstiftenden Stützen mit Mauerfall und Untergang der Sowjetunion wegfielen, halfen zunächst die starken Erinnerungen. Außerdem wurden gewisse Brücken in die neue Zeit geschlagen: Das reichte vom Binnenmarkt bis zur Wirtschafts- und Währungsunion, von der EU-Osterweiterung bis zu markanten Vertragsreformversuchen. Aber inzwischen ist dies alles konsumiert. Die europäischen Erfolgsgeschichten sind zu Selbstverständlichkeiten degeneriert und daher im Blick auf Identitätshorizonte irrelevant. Es bleiben im Alltag viele Beschwerden und Frustrationen über bürokratische Monstererfahrungen Brüsseler Konvenienz. Europa erscheint in den täglichen Schlagzeilen zu den vielfältigen Krisenphänomenen. Nun versuchen viele Kräfte in Europa, mit populistischen Anti-Europa-Sprüchen politische Pluspunkte und Wahlerfolge zu sammeln. Aus diesem Defizit an europäischer Identität entstehen die ernstesten Schwierigkeiten einer neuen Ära: Jedes politische System bedarf zu seiner Handlungsfähigkeit eines Orientierungsrahmens, auf den sich die Erklärungen und Interpretationen sowie die Begründungen für Prioritäten und Positionen beziehen.

Angesichts dieser Erosion des gemeinsamen Symbolhaushaltes lautet der aktuelle Befund: Europa braucht Ziele, Perspektiven, Orientierungen.¹⁰ Es muss eine strategische Kultur aufbauen. Was fehlt, ist eine neue Perception Europas, eine neue kulturelle Nutzung der Vertragsgrundlagen und ein neuer Zugriff auf die Zusammenhänge. Wer die große Zeitenwende Europas positiv beantworten will, der benötigt einen anderen kulturellen Umgang mit Europa.

1. Neue Vitalität wird Europa nicht aus bürokratischen Mammutverträgen erwachsen. Europa kann heute nur als die rettende, elementare Ant-

¹⁰ Vgl. ausführlicher Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A bis Z, 12. aktual. Ausgabe, Baden-Baden 2011.

wort auf die Globalisierung ein neues Ethos entfalten. In der Globalisierung liegt die Idee für die neue, kraftvolle Begründung. Ein Aufbruch aus der „zweiten Eurosklerose“ kann nur vermitteln, wer die Kunst der großen Deutung beherrscht. Am Beginn steht die Globalisierung mit ihren dramatischen Konsequenzen für jeden Einzelnen. Europa liefert die Antwort darauf mit seinem strategischen Konzept der Differenzierung nach innen und nach außen. Nur die Union kann schlüssige Antworten liefern, nur die Gemeinschaft ist stark genug, den einzelnen Staaten Schutz, Ordnung und Individualität zu garantieren. Europa hat das Potenzial zur Weltmacht. Allerdings muss dieses Potenzial angemessen organisiert und mit dem Geist europäischer Identität erfüllt werden. Eine solche historische Großleistung kann das gleiche Europa erbringen, das heute den großen Herausforderungen verunsichert gegenübersteht.

2. Eine mächtige politische Wirklichkeit, die ihre Identität sucht, braucht den Ort repräsentativer Selbstwahrnehmung. In der klassischen Lehre der Repräsentativen Demokratie ist dieser Ort das Parlament. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente sind heute aber weit davon entfernt der öffentliche Ort der Selbstwahrnehmung einer Gesellschaft mit ihren Zukunftsbildern und Hoffnungen, mit ihren Ängsten und Konflikten zu sein. Das Europäische Parlament muss also – wie auch die nationalen Parlamente – seine Rolle neu verstehen.

3. Identität wird durch einen gemeinsamen Erfahrungshorizont kreiert. Die Möglichkeiten hierzu bieten sich schon jetzt. Die Dichte integrativer Verbindung hat drastisch zugenommen. Längst ist es nicht mehr die bloße Zollunion oder dann nur der Binnenmarkt. Die Wirtschafts- und Währungsunion hat einen schicksalhaften Schub des Aufeinander-Angewiesenseins ausgelöst. Auch aus dem Ausland kommen fast täglich Anfragen – sei es zum UN-Sicherheitsrat, sei es zur Transformation im arabischen Raum, sei es im Nahost-Konflikt oder in den Klima-Regimen. Aber eine kompakte europäische Antwort bleibt bisher aus. Allzu lange kann sich Europa dies nicht erlauben. Vielmehr muss es sich als Strategie-Gemeinschaft verstehen.

4. Die europäischen Profile werden nur geschärft, wenn die Europäische Union ihre Handlungsfähigkeit steigert. Der Lissabon-Vertrag hat zwar ein Arsenal von Führungsämtern komponiert, aber deren Zuordnung offen gelassen. Präsident des Europäischen Rates, Präsident des Ministerrates, Präsident der Kommission, Hoher Repräsentant der Außen- und Sicherheitspolitik, Vorsitzender des Euro-Rates – alle diese Ämter arbeiten im Wesentlichen nebeneinander her. In diesen Dschungel von Führungsverantwortungen mischen sich die Staats- und Regierungschefs der großen Mitgliedsstaaten und inzwischen auch das selbstbewusster auftretende Europäische Parlament ein. Ein effektiver, zielführender Entscheidungsprozess ist auf diese Weise nicht zu organisieren. Effektivität und erfahrbare Führung sieht anders aus.

5. Die Distanz der Menschen zur Politik muss wieder reduziert werden, soll Europa handlungsfähig bleiben. In der Europäischen Union sind die Bürger dabei, der Politik ihr Vertrauen zu entziehen. Europa mutiert zur Misstrauensgesellschaft. Die Verfahren des Rechtsstaates und der Demokratie sind ihnen fremd geworden. Die Bürger wollen mitmachen, ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und nicht bloß Objekte ferner Entscheidungsinstanzen sein. In jedes Thema müssen die Europäer frühzeitig und direkt einbezogen werden. Nicht zuletzt eröffnen Internet-TV, Facebook und Twitter eine neue Welt der Mitwirkung, die dann auch in die persönliche Begegnung übergehen kann. „Partizipationslotsen“, Planspiele, Jugendparlamente und vieles mehr – neue Wege der Vermittlung Europas gibt es durchaus. Nur müssen sie intensiver und strategischer genutzt werden. Die europäischen Institutionen müssen in intensiverer Direktheit vor Ort die Kontroverse initiieren und organisieren. Die Präsenz vor Ort kann zum Schlüssel neuen Verstehens werden: „Going local“ sollte ein künftiges Motto werden, das Europa erlebbarer macht.

Dies alles geht nicht von heute auf morgen. Und nicht jeder wird jeden Schritt mitgehen wollen. Entscheidend aber ist es, diese Tatsache nicht allein als Problem, sondern auch als strategische Chance für die Zukunft Europas zu sehen.

Vor diesem Hintergrund gilt es, den Konstellationswandel deutscher Europapolitik zu implementieren:

1. Europäische Integration ist nicht mehr bloß ein Ornament des Politischen – wie in früheren Jahrzehnten –, sondern das Schlüsselstück der politischen Machtarchitektur. Europa ist in dichter Form zusammengedrückt und verwoben.¹¹

2. Durch den immensen Kompetenz- und Machttransfer tauchen Anfragen an die Kernkategorien politischer Entscheidung auf: Legitimation, Transparenz, Führungsstruktur.

3. Die Globalisierung zwingt die Europapolitik (und auch die deutsche Europapolitik) zu Entwürfen ihrer weltpolitischen Mitverantwortung.

4. Joe Nye's Hinweis auf die eigentliche Machtkategorie – die „Smart-Power“ – stellt die Frage nach den politischen Erklärungs- und Deutungsangeboten deutscher Europapolitik mit immer größerer Intensität.

Für Deutschland hat eine neue Zukunft begonnen.¹² Der Abschied von der alten weltpolitischen Ordnung war zugleich ein Abschied vom deutschen Provisorium. So sind die tiefen Schichten unserer Selbstwahrnehmung davon berührt, nicht nur die Oberfläche politischer Rhetorik. Es werden neue Fragen gestellt. Die Welt will wissen, wie die Deutschen ihre neue gemeinsame Zukunft ausgestalten wollen. Wohin werden die Deut-

¹¹ Vgl. u. a. Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2011, Baden-Baden 2012.

¹² Vgl. Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Identität der Deutschen, München, 2. Aufl., 1983; Ders.: Der deutsche Weg, Berlin 1990; Nida-Rümelin, Julian / Werner Weidenfeld (Hrsg.): Europäische Identität: Voraussetzungen und Strategien, Baden-Baden 2007.

schen gehen? Wie werden sie ihren Standort definieren? Welches Maß an weltpolitischer Mitverantwortung werden sie übernehmen?

Die Antworten auf diese Fragen werden die zentrale politisch-kulturelle Leistung des neuen Deutschlands ausmachen. Die Zeit drängt – innenpolitisch, weil jeder vagabundierende Identitätsbedarf unkalkulierbare Risiken birgt, und außenpolitisch, weil unsere Nachbarn und Partner im Blick auf die Leistungsfähigkeit Deutschlands Erwartungen und Sorgen verbinden. Sie fürchten, dass sich die Deutschen nur noch um sich selbst kümmern könnten.

Das Problem der politischen Ortsbestimmung Deutschlands entzieht sich eindeutigen Beschreibungsversuchen. Nie haben die Deutschen aufgehört, die Frage nach sich selbst zu stellen. Wie ein roter Faden durchzieht ihr Nachdenken über Ort und Perspektive die wechselvolle Geschichte Mitteleuropas. Wohin gehören die Deutschen?

In der Geschichte hat es viele Antworten darauf gegeben: Westwendung und Ostorientierung, das Bewusstsein von Sonderweg und Mittellage, Vorstellungen von einer Vermittlerrolle zwischen Ost und West und schließlich der Traum von einem anderen Deutschland als einer geistigen Wirklichkeit. Die Perspektiven wechseln in den diversen Epochen der Geschichte. Unterschiedliche Traditionslinien laufen nebeneinander. Versunken geglaubte Bilder tauchen wieder auf und erhalten neue Prägekraft. Die Frage nach dem künftigen Weg der Deutschen wird daher wesentlich entschieden vom Arsenal unserer geschichtlichen Bilder in uns selbst.

Historische Umbrüche verleihen dabei den Versuchen zur Kursbestimmung eine besondere Dramatik. Bei jeder Zäsur steht Deutschland im Brennpunkt des europäischen Interesses. Denn machtpolitisch wie ideengeschichtlich stellt die Organisation des Zusammenlebens der Deutschen den Schlüssel für die europäische Ordnungspolitik dar – im Positiven wie im Negativen, als Einigungsmotiv wie als Sprengsatz.

Die Mitwirkung an der europäischen Einigung der Nachkriegszeit zählt zweifellos zu den kreativsten Leistungen unserer politischen Kultur. Sie ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Das neue Deutschland wird nun noch bewusster im Kreis europäischer Führungsmächte handeln müssen. Es trägt wesentliche Verantwortung für das Gelingen oder Scheitern der Vollendung Europas mit. Moderne Führung realisiert sich nicht in Großmannsattitüden und nicht in Alleingängen, sondern in der Initiative zur Gemeinschaftsbildung. „Integration“ wird so zum Schlüsselwort der neuen Epoche in Deutschland und Europa.

Der Bogen von der Gründungsidee bis zur Zukunftsperspektive schließt sich. Aber unter den neuen Gegebenheiten ist dazu erst noch eine außenpolitische Kultur zu entwickeln. Wir müssen auf neue Weise mit Kompliziertheiten umgehen, die nicht in die alten Ordnungen passen. Dazu bedarf es eines feinen Gefühls.